

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1931

27.8.1931 (No. 237)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
mit
Industrie- und Handelszeitung
Begr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1756

Gesamtdirektor und verantwortlich für den politischen u. wirtschaftspolitischen Teil: Dr. G. Brünning; für Baden, Lokales u. Sport: Fred. Kress; für Neuigkeiten und „Pyramide“: Karl Böhm; für Musik: A. N. u. d. L. v. B.; für Inserate: D. Schriever. Amtlich in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Eprechtstraße 12. Redaktion von 11 bis 12 Uhr. Berliner Redaktion: 25. Pfefferstr., Berlin SW. 68. Zimmerstraße 88. Tel.-Amt 2. Flora 3516. Für unregelmäßige Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck & Verlag „Concordia“ - Verlags-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Geschäftsstellen: Kaiserstraße 203 und Karl-Friedrich-Str. 6. Preis: 18. 10. 21. Postfachkonto: Karlsruhe 9547.

In vollen Kränzen.

Reichskanzler Brüning äußerte sich in einer Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter über Fragen der Weltwirtschaftskrise, über die Zukunft der Reparationen und andere aktuelle außen- und innenpolitische Fragen.

Wie wir erfahren, befindet sich der badische Finanzminister Mattes zurzeit in der Reichshauptstadt, wo er über die auf Grund der Ermächtigungsvorordnung von den Ländern zu treffenden weiteren Sparmaßnahmen mit den zuständigen Reichsbehörden verhandelt.

Der deutsche Botschafter in Moskau, v. Dirksen, trifft am Donnerstag in Berlin ein. Wie verlautet, wird der Botschafter der Reichsregierung über die russisch-französischen und russisch-polnischen Verhandlungen Bericht erstatten.

Der Ausschussrat des Preussischen Landtages hat bisher nicht einberufen werden. Der von den Nationalsozialisten unterstüzte Antrag des Reichsnationalen auf sofortige Einberufung des Landtages ist von anderen Parteien nicht unterstützt und die erforderliche Mindestzahl von 90 Stimmen, also nicht erreicht worden.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat das Strafverfahren gegen den bisherigen Vorsitzenden der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneten Drexler, eingestellt.

Der Berliner Magistrat hat ein umfangreiches Programm von Sparmaßnahmen aufgestellt. Die Mitglieder des Magistrats und die Beamten der Bezirksämter haben sich bereit erklärt, auf insgesamt 20 v. H. ihres Gehaltes zu verzichten.

Die neuen englischen Minister wurden am Mittwoch vereidigt. Der englische König fährt heute nach Schottland zurück.

Wie nunmehr feststeht, tritt Gandhi am Samstag die Reise nach London an. Die Entscheidung über die Reise fiel nach einer Unterredung Gandhis mit dem Vizekönig.

Nach einem Flug entlang der Küste landete das deutsche Flugboot „Do. X“ am Mittwoch um 15 Uhr MEZ vor Wexford in Norfolk im Staate Virginia.

Die Nachforschungen nach dem aus Gollnow geflohenen Oberleutnant Wendt haben inzwischen in einer Spur geführt, als der Polizei Station die Mitteilung zuging, daß Wendt am Samstag gegen 20 Uhr in der Barnimstraße in Steglitz beobachtet worden sei, als er zusammen mit einem Begleiter an einem Motorrad eine Sitzung zu beilegen suchte. Er sei dann in Richtung Berlin weiter gefahren.

Die auch in Karlsruhe tätige gewesenen beschlagnahmten Juwelenräuber von Wiesbaden wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Der Berliner Kriminalkommissar Oskar Dunkel, der bei der Kriminalinspektion des Polizeiamtes Kreuzberg tätig war, ist nach Begehung mehrerer Kredithehungen und schwerer Straftaten im Amt seit dem 24. August suspendiert worden. Er wurde am Mittwoch nachmittags in Berlin verhaftet.

Im mexikanischen Parlament entwickelte sich ein regelrechtes Feuersgeschütz unter den Abgeordneten, in dessen Verlauf ein Abgeordneter getötet und vier andere verwundet wurden.

Bei einem Stierkampf in einem Dorfe bei Saragossa stürzte eine provisorische Holztribüne ein und begrub zahlreiche Zuschauer unter sich. Eine Person wurde getötet, 30 Zuschauer wurden verletzt, viele von ihnen schwer.

Saager Urteil am 2. September.

TU, Berlin, 26. August.
Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird das Reichsgericht des Saager Schiedsgerichtshofes über die Haftung des Saager Schiedsgerichtshofes voraussichtlich am Mittwoch, den 2. September, in den Beratungen des Vizepräsidenten vor der Vollversammlung beprochen werden können. Im Interesse einer schnellen Veröffentlichung dürfte man auf die sonst bei Urteilen vor der Veröffentlichung übliche Drucklegung verzichten.

Innerer Burgfrieden?

Hugenberg bei Brüning. — Eine bedeutsame Unterredung.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

W. Pf. Berlin, 26. Aug.

Am Donnerstag nachmittag wird der Reichskanzler Dr. Brüning den Parteiführer der Deutschnationalen, den Abg. Eugen Hugenberg empfangen. Der Kanzler hat wiederholt führende Persönlichkeiten der Opposition empfangen, so daß an sich diese Unterredung Brüning-Hugenberg nichts Auffälliges wäre. In politischen Kreisen glaubt man jedoch der morgigen Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem deutschnationalen Parteiführer eine besondere Bedeutung beilegen zu sollen.

Immerhin ist es auffällig, daß diese Unterredung, die schon seit dem letzten Empfang Hugenbergs durch den Reichspräsidenten geplant war, aber immer wieder hinausgeschoben wurde, nunmehr unmittelbar nach der Sitzung der Zentrumsfraktion in Stuttgart und der Tagung der deutschnationalen Reichstagsfraktion in Berlin stattfindet. Der über die heutige Fraktionsführung herausgegebene Bericht sagt über diese politischen Notwendigkeiten allerdings nichts, sondern beschäftigt sich fast ausschließlich mit der Lage der Landwirtschaft. Aus der Tatsache, daß zu den rein politischen Fragen keine Stellung genommen wurde, will man in politischen Kreisen die Schlussfolgerung ziehen, daß die Fraktion sich im Augenblick innerpolitisch nicht festlegen will. Das mag seine Richtigkeit haben.

Es mag auch zutreffen, daß das Zentrum heute einer Annäherung der Deutschnationalen nicht mehr so ablehnend gegenübersteht wie noch vor einiger Zeit. Der Reichskanzler hat selbst den Wunsch nach einer Art „Burgfrieden“ geäußert, um für den kommenden Winter die innerpolitischen Kämpfe soweit als möglich einzudämmen. Immerhin wird man mit einiger Spannung dem Ergebnis der morgigen Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem deutschnationalen Parteiführer entgegensehen können, falls überhaupt eine Mitteilung über diese Unterredung gemacht wird.

Die Durchführung des Notgesetzes.

Ein Rundschreiben an die Länder.

W. Pf. Berlin, 26. August.

Das Reichsfinanzministerium hat heute ein Rundschreiben an die deutschen Landesregierungen gerichtet, in dem das Reich den Ländern die Richtlinien für die Durchführung der Verordnung zur Sicherung

der Haushalte mitteilt. Ob dieses Rundschreiben ebenfalls veröffentlicht wird, steht noch nicht fest. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über diese Richtlinien des Reichsfinanzministeriums wäre jedoch sehr erwünscht, da die Notverordnung infolge ihrer Kürze alle Möglichkeiten einer Auslegung offen läßt.

Sehr bemerkenswert ist jedoch, daß die Tarifverträge nach diesen Durchführungsbestimmungen nicht unter die Notverordnung fallen. Von zuständiger Seite wird das Herauslassen der Tarifverträge mit der Kurzfristigkeit dieser Verträge begründet. Dem Reich stehen, wie wir weiter hören, bezüglich der Durchführung der Notverordnung durch die Länder keine direkten rechtlichen Mittel zur Verfügung. Das Reich will es der Selbstverantwortlichkeit der Länder und Gemeinden überlassen, die entsprechenden Maßnahmen auf Grund der Notverordnung zu treffen. Das Reich hat lediglich ein gewisses finanzielles Druckmittel zur Verfügung, indem es den Ländern, die die Notverordnung nicht zur Sanierung ihres Etats benutzen, die Zuschüsse für die Wohlfahrtsausgaben sperrt. Von diesem Druckmittel will die Reichsregierung allerdings Gebrauch machen.

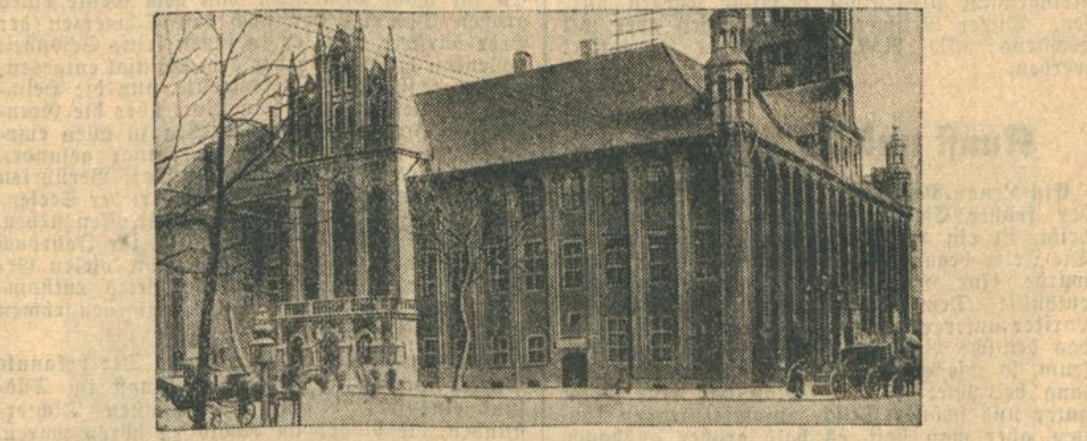
Es ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob es verfassungsmäßig zulässig ist, daß der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung Machtbefugnisse auf die Länder überträgt. Hierzu wird von Seiten des Reichsinnenministeriums folgendes mitgeteilt: Bei Ausübung der ihm auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse ist der Reichspräsident an die normale verfassungsmäßige Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Reich und Ländern nicht gebunden. Er vereinigt also auf Grund des Artikels 48 jedenfalls die Zuständigkeit, sowohl des einfachen Landesgesetzgebers wie auch des Landesgesetzgebers in sich. Soweit er hiernach Maßnahmen trifft, die sonst der Zuständigkeit des Landesgesetzgebers gehören, gehen sie den abweichenden landesrechtlichen Bestimmungen vor. Artikel 48 verlangt nicht, daß der Reichspräsident alle einzelnen Maßnahmen, die er zur Wiederherstellung der gestörten oder gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung für nötig hält, selbst trifft. Es ist vielmehr anerkanntes Recht, daß dem Artikel 48 Befugnisse gelten, wenn der Reichspräsident die Richtung der von ihm für nötig erachteten Maßnahmen in bestimmter Weise begrenzt und zu ihrer Durchführung im einzelnen andere Stellen ermächtigt.

Rathaus vom Einsturz bedroht.

Das historische Gebäude von Thorn in Gefahr.

Thorn (Weichsel), 26. August.
Im Nordostflügel des Thorer Rathauses machen sich starke Risse bemerkbar, so daß ein Einsturz befürchtet wird. In

leitung eines Kaufmanns ließ man eigenmächtig den Keller ausklopfen und um 30 Zentimeter tiefer legen. Dadurch wurden die Granitpfeiler gelockert. Die Risse haben sich jetzt so



Das Rathaus von Thorn, das noch aus dem 13. Jahrhundert stammt.

allen Räumen läßt sich kaum noch eine Tür öffnen, ohne zu klappen. Wie die Untersuchung ergeben hat, sind die Risse auf Arbeiten zurückzuführen, die in den Kellerräumen vorgenommen wurden. Diese Kellerräume wurden im Juni ds. Js. an eine Schaupieltruppe vermietet. Den Schauspielern erschienen die Kellerräume zu niedrig, und unter der Bau-

vergrößert, daß der Nordostflügel einzustürzen droht.
Das Thorer Rathaus ist eines der eindrucksvollsten Bauwerke des Ordenslandes. In seiner jetzigen Gestalt ist es ein Werk des Holländers Anton van Obbergen aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts. Der Wachturm des Rathauses stammt aus dem Jahre 1250.

Englands Beispiel.

Schon vor einigen Wochen hörte man vielfach das Wort: das England von 1931 sei das Deutschland von 1930. Vor einem Jahre lebten wir noch in der Hoffnung, daß die Vöcher in unserem Haushalt durch neue Steuern zu stopfen seien. Snowden, der Finanzminister des eben gestürzten, englischen Arbeiterkabinetts, lebte, als er im März ds. Js. seine Budgetrede hielt, in einer ähnlichen Auffassung. Inzwischen hat sich die Entwicklung überschlagen. England, das den Stolz hatte, alle seine Schulden, so gut wie ungekürzt, zu bezahlen, das um des nationalen Heiligtums, des englischen Kredites willen auch an der Abzahlung der Kriegsanleihen nicht rütteln lassen wollte, dieses England ist jetzt am Ende dieser Art von Staatskunst angelangt. Es gab nur noch ein Mittel, den englischen Haushalt zu retten. Es ist genau dasselbe Mittel, zu dem das verarmte und geschlagene Deutschland greifen mußte: Herabsetzung der sozialen Leistungen, Kürzungen, Streichungen. Das Geschick wollte es, daß gerade einer Arbeiterregierung diese Titanarbeit zufiel. Sie hat sie nicht bewältigt. Die Gewerkschaften wollten der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung um 10 Prozent unter keinen Umständen zustimmen. Darüber ist Macdonald gestürzt.

In diesem Augenblick, da die Weltwirtschaftskrise wie eine Flutwelle in England einzubrechen drohte, in einem Augenblick höchster Gefahr, schloß sich alles, was über parlamentarische Machtmittel verfügt, in einem Block zusammen und verlor dem bisherigen Führer der Arbeiterpartei, Macdonald, der eigentlich schon längst über die Führerrolle hinausgewachsen und zum Staatsmann, zum Kanzler schließlich, geworden war, eine Macht, die seit Cromwells Zeiten kein ungekröntes Haupt jemals auf dem britischen Inselreich besessen.

Die Engländer haben lange genug gezögert, haben immer noch im Glauben an den unerschütterlichen englischen Kredit erwartet, daß sie das Schicksal auslassen würde, eine Haltung, welche die Entwicklung sichtlich beschleunigt hat. Jetzt aber, wo es um das Ganze geht, beweisen sie wieder, daß der Engländer noch immer „the man of the last ditch“ (der Mann des letzten Grabens) ist. Sie warten lange, sie werden vielleicht auch von den Ereignissen überannt, aber dann entfalten sie alle Tugenden ihres Volkes: Ausdauer und Beharrlichkeit. Es ist keine Übertreibung, wenn man annimmt, daß mit der Bildung eines nationalen Konzentrationkabinetts, in dem alle Parteien vertreten sind, ein Viertel, wenn nicht die Hälfte der Schwierigkeiten überwunden sind, welche noch bevorstehen. Die Aufgabe dieses neuen Kabinetts wird es sein, die Senkung des Lebensstandards der Nation auf alle Schichten gleichmäßig auszubehnen und den englischen Kredit in der Welt wieder herzustellen.

Als Deutscher kann man dieses Schauspiel einer spontanen Zusammenfassung aller nationalen Kräfte nur mit einem gewissen Reiz betrachten. Wie anders, wieviel leichter, könnte man der deutschen Schwierigkeiten Herr werden, wenn ein ähnlicher Vorkang auch in Deutschland möglich wäre. Leider muß es bei uns wohl noch viel schlimmer kommen, und auch dann wird es noch unsicher sein, ob je eine deutsche Regierung auf eine ähnliche Weise gebildet werden kann, wie dieses neue englische Kabinett.

Die Bildung der nationalen Regierung in England leuchtet wie ein erlösendes Beispiel aus dem brandenden Kampf der Völker um ihre eigene Sicherung heraus. Mit einem überwältigenden Verantwortungsbewußtsein schlossen sich konservative und liberale und Arbeiterpartei zu einem Kabinett zusammen, um dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Die Gefahren, die dem englischen Geldmarkt drohten, haben genügt, um die Parteigegegnisse auszuscheiden und die, die sich getreu auf das Schicksal bekämpften, heute zu einem einheitlichen Handlungswillen zusammenzuschließen. Das deutsche Parteiwesen ist auf der Höhe des leidenschaftlichen Kampfes in einer Stunde angelangt, wo der einheitliche Wille uns mehr not tate denn irgendeinem anderen Volke. Unsere Verhältnisse sind weit weniger schmerzhaft als die des immer noch kapitalstarken Englands. Möge die Bewährung, die der ältere englische Parlamentarismus und der politische Führerwille in England bewiesen haben, auch auf das jüngere parlamentarische Deutschland, auf seine Parteien und seine Führung in gleicher Weise einwirken, um uns aus dem lähmenden Bann des Streites der Parteien und der Tatenlosigkeit zu erlösen. Das Vaterland über die Partei!

Weltwirtschaftskrise und Reparationen.

Ein Interview des Reichstanzlers.

TU. Breslau, 26. Aug. Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen eine Unterredung des Reichstanzlers Dr. Brüning mit dem Berliner Chefkorrespondenten der „United Press“, Frederic Kuhn. Dr. Brüning sagt darin u. a.:

„Die Weltwirtschaftskrise wird weiter gehen und sich noch verschärfen. Der einzige Ausweg besteht nach meiner Ansicht in einem möglichst engen Zusammenwirken, um dem Abgleiten der Preise Einhalt zu tun. Die Kaufkraft Deutschlands und Europas sinkt. Die Märkte schrumpfen ein. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, so muß sie zu einer Beschränkung des Produktionsapparates in der ganzen Welt führen. Es ist unbedingt notwendig, daß die wirtschaftlich geschwächten Länder wieder in die Lage gesetzt werden, zu kaufen. Vorbedingung dazu sind Wirtschaftsfriede und politische Ruhe.“

Nach seiner Ansicht über den Bericht des Wiggins-Konferenzbesprechers, meint der Kanzler: „Der Bericht ist klar und überzeugend, aber für gewisse Probleme mußte er Umschreibungen anwenden.“ Auf die Frage, wie er sich die weitere Entwicklung des Reparationsproblems vorstelle, erwiderte er: „Die Zukunft der Reparationen hängt von den Vereinigten Staaten ab. Ich erwarte keine entscheidende Wendung, bevor das Bundesparlament in Washington im Dezember zusammengetreten ist.“ Auf die Frage des Korrespondenten, ob Deutschland und Österreich, wenn das Gutachten des Haager Gerichtshofes für sie günstig ausfallen sollte, die Zollunion durchführen würden, erwiderte Brüning: „Wenn das Haager Urteil für uns günstig ausfällt, so wird die Welt erkennen, daß Deutschland das Weltproblem der Zölle der Lösung einen Schritt näher gebracht hat. Nachdem Deutschland seine Bereitschaft erklärt hat, mit anderen Ländern über ähnliche Zollunionen zu verhandeln, würden wir dann erwarten, daß uns die anderen Regierungen eine konstruktive Lösung vorzuschlagen.“ Zur Lösung der gewaltigen internationalen Probleme hält Brüning Besprechungen zwischen den leitenden Staatsmännern unter den gegenwärtigen Umständen für erfolgversprechender als Verhandlungen im Völkerverband.

Zur Frage des Panzerkreuzers B erklärte der Kanzler, es sei nicht angebracht, diese Angelegenheit zum Gegenstand internationaler Erörterungen zu machen. Er erklärte: „Streng im Rahmen der Vertragsbestimmungen erweist Deutschland langsam und allmählich seine veralteten Kriegsschiffe, die 25 oder 30 Jahre alt sind. Unsere Finanzlage verbietet uns, rasch Ersatz zu schaffen.“ Ueber die voraussichtliche Lage im nächsten Winter sagte der Kanzler: „Für Deutschland und die ganze Welt wird dieser Winter mehr Schwierigkeiten bieten als man seit einem Jahrhundert erlebt hat. Inzwischen bin ich hinsichtlich Deutschlands sogar optimistisch. Denn die deutsche Not hat gezeigt, welches Maß von Selbstbeherrschung das deutsche Volk besitzt, wenn es einmal die Notwendigkeit, ruhig Blut zu bewahren, erkannt hat. Unsere Maßnahmen gegen die Schwierigkeiten werden in weiteren Einsparungen, besonders bei den Finanzen der Einzelstaaten und Gemeinden und beim Ausgleich ihrer Haushalte bestehen. Der Reichshaushalt ist im allgemeinen in Ordnung. Ungeachtet der jüngsten Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung steigen diese Ausgaben infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit. Vielleicht werden wir in Deutschland im nächsten Winter 7 Millionen Arbeitslose haben. In dieser Schätzung würde man kommen, wenn

die Kurve der Arbeitslosigkeit verhältnismäßig in dem gleichen Maße ansteigt, wie in den beiden letzten Jahren. Da indessen die Bautätigkeit bereits im Sommer zum Stillstand gekommen ist, ist in diesem Gewerbezweig kein Ansteigen für den Winter zu erwarten. Wenn man das im Auge behält, so ist die geschätzte Ziffer von 7 Millionen Arbeitslosen vielleicht zu hoch gegriffen.“

Bei der Besprechung der finanzwirtschaftlichen Lage wandte sich Brüning gegen die Gerüchte, wonach das Kabinett staatspolitische Reformen ins Auge fasse. Die Schaffung einer Reichsaufsicht über die Banken sagte er, darf nicht in diesem

Richte angesehen werden, sondern sie soll dazu dienen, die Wiederholung früherer Mißgriffe zu verhüten. Sie soll auch nicht weitergehen als die in den Vereinigten Staaten eingeführten Methoden der Bankenaufsicht. Ebenso falsch wäre es, die Absichten der Regierung hinsichtlich der deutschen Kartelle auch nur entfernt mit dem Gedanken eines Staatskapitalismus in Verbindung zu bringen. Ich kann jedoch sagen, daß wir entschlossen sind, die Kartellpreise in Deutschland im Winter heruntorzubringen. Die Kartelle ermäßigen zum Teil bereits ihre Preise und einige Kartelle haben sich bereits aufgelöst. Sollte es sich aber als notwendig erweisen, so wird die Regierung nicht davor zurückschrecken, die Kartelle überhaupt zu liquidieren.“

Zum Schluß betonte Brüning: „Wir dürfen unsere Schwierigkeiten nicht übertreiben. Jeder Deutsche in führender Stellung muß sich seiner Verantwortung bewußt sein, wenn er über die Heimlichkeiten Deutschlands spricht und er muß sie mit den Schwierigkeiten anderer Länder in Vergleich stellen. Das ist bisher nicht stets geschehen.“

Rußland dementiert.

Noch kein Abschluß des Vertrags.

TU. Moskau (über Rom), 26. August.

Von amtlicher russischer Seite wird zu den polnisch-russischen Verhandlungen eine Mitteilung veröffentlicht, die etwa wie folgt lautet:

„Im Zusammenhang mit den Nachrichten über die Ueberreichung von polnischen Vorschlägen am 23. August in Moskau auf Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes wird von russischer Seite mitgeteilt, daß die übermittelten Vorschläge denen aus dem Jahre 1926 entsprechen, die seinerzeit von der Sowjetunion abgelehnt worden sind. Die neuen polnischen Vorschläge, die am 23. August von dem polnischen Gesandten Pariz übermittelt wurden, enthalten nicht nur die alten Vorschläge, die für die Sowjetregierung unannehmbar waren, sondern darüber hinaus einen neuen Vorschlag, den man nicht als Fortschritt betrachten kann. Aus diesem Grunde kann vorläufig von einem Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes keine Rede sein.“

Dank für Vertrauen.

Brüning auf dem parlamentarischen Abend der Zentrumskanzler.

TU. Stuttgart, 25. August.

Bei dem zu Ehren des Reichstanzlers und der Reichstagsfraktion veranstalteten parlamentarischen Abend der Zentrumspartei Groß-Stuttgart, die der Vorsitzende, Oberregierungsrat Walter, mit herzlichen Begrüßungsworten für die Gäste aus Berlin eröffnete, ergriff nach Begrüßungsworten des Präsidenten Andre, Reichstanzler Brüning das Wort. Er führte u. a. folgendes aus: „Unsere gegenwärtige Lage ist sehr schwer einzuschätzen, sie ist durchaus verständlich, weil die Not und die Lasten schon seit längerer Zeit immer größer werden. Sie hat durch Krieg, Inflation, Entbillungsmaßnahmen einen so komplizierten Mechanismus in unserem öffentlichen Leben, daß es sehr schwierig ist, diese Dinge zu verfolgen und daß dadurch der gedankentiefere und phantasievolle Kapitalismus alle Chancen hatte.“

Die Wählerschaft war nicht in der Lage, den schnellen Gang der Geschehnisse in den letzten Wochen in seiner vollen Bedeutung zu erfassen. Aber trotzdem hat sie keinen Augenblick die Nerven und das Vertrauen in die Führung verloren. Die Regierung ist sich bei allen ihren Maßnahmen darüber klar gewesen, daß wenn nicht das Vertrauen des deutschen Volkes vorhanden gewesen wäre, ihren Anordnungen kein Erfolg beschieden gewesen wäre. Es war der größte Erfolg im wesentlichen, daß es an dem Tage, wo die Welt in und Spalten geschlossen werden mußten, in Deutschland zu keinen Ausschreitungen und Tumulten gekommen ist. Die Ausländer sind feststellen, daß das deutsche Volk in diesem nie so ruhig gewesen ist, wie in diesem Augenblick in seiner höchsten Not. Wenn die Hoffnungen des Präsidenten Hoover sich auch nicht voll auswirken konnte, so hat sie die Grundlage gelegt für die dauernde Gesundung. Wir kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und wir sind uns klar, daß wir aus eigener Kraft nicht zu überleben vermögen, das deutsche Volk durch die nächsten Monate und seine Not aus eigener Kraft hindurch zu bringen. Wir sind fest überzeugt, daß wenn das deutsche Volk diese Probe durchläuft, wie es auch die letzten schweren Monate überstanden hat, es ein neues, die deutsche Wirtschaft und das deutsche Sozialleben wieder gesund zu machen.

Macdonalds Sparprogramm.

Scharfe Kürzung der Sozial- und Personallasten. Gewerkschaften kündigen scharfe Opposition an.

London, 26. Aug.

Am Mittwoch vormittag wurden die anstehenden Mitglieder des Kabinetts vom König in Abschieds-Audienz empfangen. Unmittelbar darauf trat der Kronrat zusammen. Die neuen Kabinetts-Mitglieder wurden vereidigt, worauf ihnen der König ihre Amtsstempel überreichte. Obwohl sich vor dem Königspalast wie vor der Amtswohnung des Ministerpräsidenten eine große Menschenmenge eingefunden hatte, kam es zu keinerlei größeren Demonstrationen. Nur als Macdonald seine Wohnung verließ und langsam Downingstreet entlang fuhr, rief ihm eine laute Stimme nach: „Judas!“ Bei seiner Ankunft vor dem Buckingham-Palast wurde Macdonald von einem Berichterstatter gefragt, ob das Barometer noch immer auf „Gut-Wetter“ zeige, worauf er lächelnd erwiderte: „Auf sehr gutes Wetter!“

Nach dem „Daily Herald“ befinden sich unter dem Sparmaßnahmen, die vielleicht noch im Laufe dieser Woche von der neuen Nationalregierung aufgestellt werden, folgende Einzelheiten:

1. Eine zehnprozentige Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, wie sie Macdonald in seiner Rundfunkrede vom Dienstagabend erwähnte. Dadurch sollen 200 Millionen Mark eingespart werden.
2. Erhöhung des Wochenbeitrages zur Arbeitslosenversicherung. Der Wochenbeitrag eines Arbeiters beträgt danach von jetzt ab 1 Schilling, anstatt bisher 7 Pence.
3. Eine noch näher festzusetzende Gehaltskürzung für die Lehrer.
4. 156 Millionen Mark Einsparungen im Straßenbaufonds.
5. Kürzung der Ministergehälter über 100 000 Mark jährlich um 20 v. H. und der Gehälter zwischen 20 000 und 40 000 Mark um 7 1/2 v. H.
6. Herabsetzung der Abgeordnetengehälter von 8 000 auf 7 600 Mark.
7. Kürzung der Gehälter der Zivilbeamten von 20 v. H. für die höchsten Gehälter nach unten gestaffelt.
8. Kürzung im Sold und den Gehältern der Armee, Marine und des Fliegerkorps. Diese Einsparungen würden etwa 180 Millionen Mark ausmachen.
9. Einsparungen beim Gesundheitsministerium in Höhe von 35 Millionen Mark und beim Landwirtschaftsministerium in Höhe von 25 Mill. Mark.

Macdonald hat heute vormittag an die einzelnen Parlamentariermitglieder der Arbeiterpartei ein persönliches Schreiben gerichtet, in dem er den Abgeordneten eine Ueberblick über die Ereignisse der letzten Woche gibt und ihnen die Beweggründe für seine Handlungsweise darlegt. Er bitte sie in ersten Worten dringend darum, ihre Entscheidung über die bevorstehenden Maßnahmen so lange aufzuschieben, bis auf der nächsten Parlaments Sitzung der Regierung eine Gelegenheit geboten haben wird, die Lage zu klären und die genauen Einzelheiten dem Parlament zu unterbreiten. Macdonald hofft, daß bis dahin auf beiden Seiten der Kampf zu geführt werde, daß die schwerwiegendsten Probleme in leidenschaftlicher Weise besprochen werden können. Einer der bemerkenswertesten Punkte aus Macdonalds Brief ist seine Erklärung, daß sich die Kritik mit Rücksicht näherte und daß es sich jetzt nur noch um Stunden gehandelt habe. Die Regierung habe ihr allerhöchstes getan, um zu anderen Mitteln Zuzucht zu nehmen, doch sei ihr dies nicht gelungen. Aus diesem Grunde habe sie die Konsequenzen ziehen müssen.

Die erste Besprechung der Gesamtregierung fand um 14.30 Uhr statt und dauerte eine Stunde. Im Anschluß hieran hielt die zehn Kabinettsmitglieder ihre erste Kabinettsitzung ab, auf der hauptsächlich die Frage der weiteren Stellensetzung im Gesamtkabinet beraten wurde.

Vor der gemeinsamen Sitzung des Generalrates der Gewerkschaften mit dem Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei und dem höchsten beratenden Ausschuß der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei, die am Mittwoch nachmittag über vier Stunden lang tagte, wurde eine offizielle Erklärung herausgegeben, die besagt, daß die drei Organisationen einmütig der Ansicht seien, daß die Nationalregierung sowohl im Parlament wie durch die Arbeiterbewegung im ganzen Lande auf das entschiedenste zu bekämpfen sei. Die Organisationen drückten denjenigen arbeitertypischen Ministern, die sich gemeldet hätten, ihre Unterstützung der neuen Regierung zu geben, ihre volle Zustimmung aus und empfahlen der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei, sich als offizielle parlamentarische Opposition zu konstituieren.

Theater und Musik.

Erstaufführung in Baden-Baden.

Viktor Klemens hier erkaufte Komödie „Das Mädchen von der Plebermaus“ hat an dem derartigen Unterhaltungsstücken ein voraus: einen hübschen, echt lustspielhaften Einfall. Der Abgeordnete Raglo hat zusammen mit der jungen Baronin Karline eine in deren Zimmer eingedrungene Fiebermans verjagen wollen und ist dabei von dem Baron überfallen worden. Wie nun kein Mensch diese einfache Tatsache glauben will, sondern sich und das Paar zu Lügen zwingt und erst die Lügen glaubt, bildet den Inhalt des Stückes. Leider hat Klemens nicht die leichteste Hand eines seines Landsmannes Molnar, so daß das Stück trotz des beweglichen und witzigen Dialogs einige Szenen hat, über die auch der frivole und trotzdem banale Schluß nicht hinwegtäuscht. D. Sp.

* Sinfonie-Uraufführung. In Sondershausen brachte das staatliche Vorchorttheater eine Sinfonie (Nr. 3 in G-Moll) von Torsten Ahlberg zur Uraufführung. Der junge, hoffnungsvolle Künstler zeigte sich als moderner Romantiker, der bei der Instrumentation in eigengewählten Wegen geht. Die Sinfonie atmet Originalität, die sich besonders beim dritten Satz (Scherzo) erkennen läßt, der mit seiner Verquickung des drei- und zweistimmigen Taktes (3/4, 2/4) eine Einmaligkeit darstellt. Die Uraufführung der Sinfonie unter der Leitung von Prof. Karl Corbach hinterließ einhellige Anerkennung.

„Ankunft streng vertraulich“, eine neue Komödie von Karl Traut, dem Verfasser des Bergmannsdramas „Auf Sohle III“, wird von den Städtischen Schauspielern in Baden-Baden am 2. September uraufgeführt werden. Die handschriftlichen Jesuiten-Dramen des Collegii Mannheimensis hat unser Mannheimer Mitarbeiter Dr. Fritz Droop als seine philo-

sophische Dissertation im Druck erscheinen lassen. (Heidelbergl. 1930.) Die mit Bild, Bühnenpläne und Kostüme versehene Schrift stellt einen wertvollen Beitrag zur „badischen“ Theatergeschichte dar.

Wagner-Spiele in Palermo. In Palermo werden zur Erinnerung an den italienischen Aufenthalt Richard Wagners große Wagner-Festspiele vorbereitet.

Der Abbau der Stahlgagen. In einer Mitgliederversammlung der Berliner Bühnenleiter wurde im Interesse der Erhaltung der Berliner Bühnen der Gagenabbau dahingehend beschlossen, daß unter Schaffung einer Konvention fünfzig prominenten Schauspielern, soweit sie mehr als 100 RM. je Spielabend fordern, am Reingehalt prozentual beteiligt werden dürften. Dieser Reingehalt darf ihnen aber mit höchstens 3000 RM. im Monat garantiert werden.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Renau-Museum. In Renaus Geburtsort, der früher Glatz hieß und jetzt Renauheim heißt, ist ein Renau-Museum eröffnet worden. Die Feier begann mit einem Gottesdienst, dann wurde eine Gedächtnisfeier am Geburtshaus abgehalten. Dem großen deutschen Dichter und Voriker unserer Zeit in dankbarer Verehrung das deutsche Volk im Monat August 1931. Das Museum, so wie es jetzt ist, soll nur als ein Anfang betrachtet werden. Man hat eine Reihe guter und schöner Stücke zusammengetragen können, aber man hofft, es bald größer ausbauen zu können. Tatsächlich ist es, wie das 1927 in Großheirath eröffnete schwäbische Heimatmuseum, ein Zeugnis des Deutschtums im südlichen Bann.

Im ersten Raum des Museums befindet sich ein großes Bronzebildnis Renaus, dann eine Bibliothek, die nahezu vollständig die Werke Renaus und die Werke über ihn meist in Erstausgaben enthält. In einem Glasbehälter sieht man Manuskripte, an den Wänden die verschie-

denen Renau-Porträts. Der zweite Raum enthält zum größten Teil Renau-Manuskripte. Hier ist auch das Matrikel-Buch ausgestellt, mit der Geburtsanzeige Renaus, dann die Eintragung: „Geboren am 22. September 1850. Oberdöbling Nr. 1167. Herr Nikolaus Nembich von Strahlenau, Literat, ledig, aus Glatz in Ungarn gebürtig, katholisch, gestorben an der Auszehrung.“

Glückwunschsurkunde der Preussischen Akademie der Künste, unterzeichnet von dem zweiten Vorsitzenden der Sektion für Dichtkunst, Nicarda Buch.

Die Preussische Akademie der Künste, Sektion für Dichtkunst, nimmt mit herzlichen Wünschen an der Eröffnung des Renau-Museums teil. Es tut wohl zu wissen, daß dem Geiste eines großen Dichters, der nach dem Schicksal entgegen ging, das ihm zum Opfer wollte, nun die Heimat bereit ist. Wie sein Wort über die Grenzen der Länder hinweg den Weg zu allen empfindlichen Menschen deutscher Sprache gefunden hat, so wird allen, von seinem Wort Verführten hier in dem Gedächtnisbau ein Ort der Seelenruhe und friedlichen Verbundenheit offen stehen. Die Sektion für Dichtkunst bittet, ihr Jahrbuch mit Beiträgen von Mitgliedern, die vielen Gebenden des deutschen Sprachgebietes entstammen, als sinnbildliche Gabe entgegenzunehmen zu wollen.

Hermann Burte im Rundfunk. Der bekannte Dichter Hermann Burte gab jüngst im Südwest eine der besten und schönsten Dichtervorlesungen, die bisher im Radio zu hören waren. Burte ist ein glänzender Sprecher für das Radio. Burte begann mit nachzuführendem Stolz vom eigenen Geschlecht zu reden, die Wandlung der Zeit zeigend, indem er an den Bürgermeister und Truppenführer Straße des Mittelalters erinnerte, an den Geschichtschreiber Schöpsin, bei dessen Doktorjahre die Studenten Goethe, Herder und Keuz im Fackelzug schritten, und den Bogen der Zeit spannte zu dem Nachfahren beider, der jetzt am Rund-

funk stand und zugleich durch das technische Wunder über die deutschen Provinzen hinweg sprach. Der Dichter las aus seinem altemannischen Gedichtbuch „Mablee“, die einzelnen Gedichte wurden mit einer schönen Darstellung des altemannischen Volkstammes verbunden, so erlebte die Hörer eine dichterische Deutung des altemannischen „Gedichtes“, zugleich verbunden mit Demonstrationen am ewig lebendigen Modell der Volkssprache.

Hoover über Amerikas Staatsform. „Wir haben in Europa mehr zurückzugeben, als wir empfangen“, sagt Präsident Hoover in einem Aufsatz „Amerikanischer Individualismus“, den der „New York Times“ zur Veröffentlichung empfohlen hat. Der Vetter der amerikanischen Geschichte ist durch seine sympathische Artion und seine von so großer Wichtigkeit geworden, daß man weniger ist, seine Meinung über die großen Staats-Philosophien der Gegenwart zu hören. Hoovers Aufsatz ist ein Bekenntnis zur bestehenden amerikanischen Staatsform. Das ist nicht verwunderlich. Interessant aber ist, wie er zu diesem Schluß gelangt, denn in dem Artikel steht auch der Satz, daß die Diktatur (auf der sozialen Rangleiter) nicht stets die besten und die besten nicht stets die schlechtesten sind. Einen großen Unterschied der Hoover zwischen dem Individualismus der alten Welt und dem amerikanischen Individualismus, dem er demokratischere Formen, Wege der sozialen Gerechtigkeit und eine ausgereichnere Mischung der Begriffe „Kapitalismus“, „Plutokratie“, „Proletariat“ und „Mittelklasse“ nachräumt. Schon das hier erwähnte Bekenntnis bildet die Bedeutung dieses Artikels, den der „New York Times“ in seinem soeben erschienenen Heft veröffentlicht.

Neu-Nachrichten. Als Nachfolger des nach Berlin berufenen Historikers Caspar ist der Privatdozent an der Universität Freiburg für Dr. Hermann Seimpel, zum Ordinarius für Geschichte, vor allem mittelalterliche Geschichte, an der Universität Freiburg ernannt worden.

In 38 Tagen um die Erde

Die Abenteuer einer Weltschnellreise / Von Dr. Fritz Kaufmann

(2. Fortsetzung.)

Acht Stunden Moskau.

Die Stadt des Existenzminimums. — Theater und Fünfjahresplan. Gesellschaftstanz verboten!

Zwischen war es 17 Uhr geworden — der alte Teil der Zeit, den ich der Besichtigung Moskaus zu widmen gedachte, war vergangen. Schnell brach ich zu meinem Spaziergang auf. Wenn ich es wagen darf, auf so flüchtige Eindrücke hin ein Bild von Moskau zu entwerfen, so schöpfe ich den Mut dazu aus der im täglichen Verkehr oft beobachteten Tatsache, daß sich der erste Eindruck gewöhnlich als der richtige erweist.

Das Erste, was dem Besucher Moskaus in die Augen fällt, ist, daß es gar nicht als „Stadt“ im europäischen Sinn angesprochen werden kann: Es gleicht vielmehr einem ins Riesige vergrößerten Dorf. Und dieser



Lastwagen verursacht Hauseinsturz. In Darmstadt ereignete sich ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem acht Personen verletzt wurden. Das Unglück ereignete sich durch das Vordringen zweier Lastwagen, die die Eisenbahnrampe zu erschütterten, daß die Vorderwand einstürzte.

Eindruck wird vor allem durch die breiten, holz-geplatteten, den Hauptstraßen von Provinzstädten durchaus ähnlichen Straßen hervorgerufen, die von meist niedrigen, höchstens zwei- bis dreigeschossigen Häusern flankiert und von einem zwar recht lebhaften Fußgängerverkehr be- wohnt sind. Was den letzten betrifft, so ist er, wie bereits erwähnt, Mangel an Privat- automobilen charakterisiert. Das Publikum be- merkt ausschließlich die öffentlichen Verkehrs- mittel, vor allem Straßenbahnen, die ständig unangenehmen Ausmaße, wie überfüllte Straßen Moskaus es immer wieder behauptet. Neben der Straßenbahn gibt es keine öffentlichen Autobusse, doch sollen, wie mir ein Führer verriet, in der nächsten Zeit fünf neue, aus der nationalen Automobilindustrie stammende Fahrzeuge in den Straßen Moskaus verkehren. In einem besonders belebten Punkte sind auch rote und grüne Verkehrsposten in Funktion, an denen manchen anderen, wie vor der Aufsicht über grünlackige Uniform ans Wien bezogen wurde. Denn auch die nationale Textilindustrie hat vorerst noch in den Kinderjahren. Was die Gebäude betrifft, so gibt es neben dem niedrigen „alten“ Moskau natürlich auch zahlreiche großstädtisch gemeinte Bau- werke, die in der neuen Zeit — meist Regierungsgebäude, Verwaltungsgebäude, staatliche Handelsstellen, ge- werkschaftliche Klubs — unter diesen ein sehr originelles, größtenteils aus Glas errichtetes Arbeiterhaus, das als Klubhaus der Gummi- arbeiter dient — Warenhäuser und andere sind. Es sind durchweg Hochhäuser, ja es sind manche sogar ein „Wolkenkratzer“ machen auch diese Bauten, aus billigstem Material errichtet, meist einen ziemlich mittel- mäßigen Eindruck. Das Gleiche gilt von den der Peripherie — ich fand die Zeit, eine von ihnen zu besichtigen — die sich mit den städti- schen Bauten Berlins oder Wiens nicht ver- gleichen lassen. Immerhin haben sie das große Interesse, zu ihnen zu kommen. Es gibt heute, wie meine Führerin versicherte, in Moskau keine Wohnungsnot mehr. Freilich ist jeder Familie nur ein Minimum von Raum — meist

ein, höchstens zwei Zimmer — gesichert, der zu niedrigem Zins abgegeben wird. So wie mit der Wohnung steht es übrigens auch mit allem Uebrigen! Das Nötigste ist für jedermann vorhanden, darüber hinausgehende Genüsse gelten als schwer erswinglicher Luxus. Man bekommt das Brot auf Karten, ein Pfund pro Tag und Nase, Schwerarbeiter jedoch zwei Pfund. Die übrigen auf Karten erhältlichen Genüsse sind recht bescheiden. Etwas Zucker, Tee, Fisch, Feinwaren, Fleisch etwa zweimal wöchentlich und als Fett ausschließlich Margarine. Butter kostet beim Bauer 9 Rubel das Pfund. Der Bauer ist der einzige private Geschäftsmann, der in Moskau zugelassen ist, soweit er den Ueberschuß seiner eigenen Wirtschaft auf den Markt bringt. Neben ihm gibt es nur staatliche Läden, von der Apotheke und dem Buchladen bis zum

Kaffeehaus, und die einzelnen Handwerks- genossenschaften, die für diese Vergünstigung mit einer außerordentlich hohen Steuer belegt sind. Nebenbei wie mit Wohnung und Nahrung steht es auch mit der Kleidung. Arbeiter und Arbeiterinnen, aber auch Bureauangestellte beziehen ihre Kleidung durch die Konsumgenossen- schaft, der sie angehören. Es handelt sich da- bei selbstverständlich ausschließlich um konfek- tionierte Ware, auf individuellen Geschmack kann keine Rücksicht genommen werden. In einigen staatlichen Geschäften werden zwar auch „Modellkleider“ verkauft, sie sind jedoch ebenso unerschwinglich teuer wie von zweifelhaftem Geschmack. Die Folge davon ist, daß man in Moskau zwar kaum eine zerlumpte Gestalt antrifft, aber ebenso selten eine auch nur halb- wegs schick angezogene Frau — die wenigen, die es gibt, sind entweder geschickte „Selbst- verlegerinnen“, die mit Nadel und Schere um- zugehen wissen, oder sie haben sich ein paar Kleider von einer Auslandsreise mitgebracht. Nicht zu leugnen ist, daß auch Intellektuelle und Angehörige gehobener Berufsgruppen, die ich sprach, diese für uns ganz unvorstell-

bare Zurückhaltung ihres Lebensstandards, diesen Verzicht auf den Großteil der kleinen Annehmlichkeiten des Lebens, mit Begeiste- rung hinnehmen. Einerseits, weil sie dafür das relative Wohlergehen der Massen in ehr- lich-altruistischer Gesinnung als ihr eigenes Aktivium buchen, dann aber auch, weil sie über- zeugt sind, daß es nur einer noch relativ kur- zen Uebergangsperiode bedarf, bis Rußland all die heute fehlenden Güter in überreichem Maße produzieren und all seinen Bürgern zu- gute kommen lassen wird. Dieses blinde Ver- trauen in den „Fünfjahresplan in vier Jah- ren“ herrscht tatsächlich überall, es wird im Wege einer beispiellosen Propaganda bis ins letzte Dorf verbreitet: In der Dorfschule des asiatischen Nestes, in der ich diese Zeilen schrieb und die noch kaum je eines Ausländers Fuß betreten haben dürfte, zeigte sich die Wirtstochter, die ich, während sie mir den Tee reichte, radebrechend und von zahllosen Gästen unterbrochen, wieder interviewte, über die großen Linien des Planes ausreichend infor- miert.

Dieser Propaganda dient alles und jedes, ihr dient vor allem auch das Theater. Ich war bei der öffentlichen Generalprobe eines neuen Schauspielers, mit dem Tatroff die renovierten Kammerspiele neu eröffnete. In dieser General- probe, zu der die russische Presse noch nicht zu- gelassen war, hatte „Intourist“ für mich bei Tatroff persönlich die Karten ausgegeben. Das Stück heißt „Der Weg der Klamm“ und der Zettel führt eine lange Liste von Personen — vom Autor über den Spielleiter zu seinen Assistenten bis zum Beleuchtungschef an — die an seiner Gestaltung mitgewirkt haben. Der Inhalt des Stückes selbst — der Titel ist, und zwar in mehrfacher Beziehung, natürlich sym- bolisch gedacht — ist so simpel, daß selbst ich ihn mit meinem höchst mangelhaften Sprachkennt- nissen verstand. Es handelt sich um einen Tur- binenbau, der im Rahmen der Elektrifizie- rungssaktion des Fünfjahresplanes vollendet werden muß, von Konterrevolutionären behindert wird, aber schließlich doch nach dramatischen Vorgängen als Symbol des Fortschrittes des Bolschewismus fertiggestellt wird.

Für die Volksbildung wird ungeheuer viel getan. In dem kleinen Uraldorf, das noch vor wenigen Jahren zweifelloso lauter Analphabe- ten beherbergte, fand ich eine kleine, wohl assortierte Bibliothek, die nicht nur politisch aufklärende Schriften, sondern auch gute Literatur enthält. Und sie wird auch tatsäch- lich benutzt; jedenfalls traf ich unsere Wirt- stochter mit einem Buch der Bibliothek in der Hand an.

Leichten Vergnügungen tritt die Sowjet- regierung entgegen. Jedes öffentliche Tanz- vergnügen ist verboten. Nur in dem von Ausländern frequentierten „Grand-Hotel“ wird es ausnahmsweise geduldet.

Das Grand-Hotel entspricht seiner Ausstat- tung nach einem solibürgerlichen Hotel in einer deutschen Provinzstadt. Dagegen funk- tionierte die Warmwasserheizung erfreu- licherweise tadellos. Das Essen ist für einen vermögenden Geschmack ausgesprochen bescheiden und mäßig, dürfte aber für Moskau bereits den Gipfelpunkt eines trivialen Luxus bedeu- ten. Ein wirklich gutes Orchester besorgt die Tafelmusik.

Die Preise sind natürlich für Ausländer phantastisch hoch (für Rußen vermutlich trotz des geringen Kaufwertes des Rubels gegen- über dem offiziellen Wechselkurs einfach un- erschwinglich). Die Zimmerpreise schwanken zwischen 6 und 20 Dollars täglich, das Menü kostet 3/4 Rubel oder 2 Dollar. Besonders teuer sind jedoch die Nebenausgaben: Für eine Wodka mußte ich 2 Rubel, für eine Flasche Mineralwasser 2/3 Rubel bezahlen! Wertwü- dig wirkt die geringe Sorgfalt, die auf das Service verwendet wird. Keller, Gabel und Messer sind aus ordinärstem Material, ein Fischbesteck scheint völlig unbekannt zu sein.

Das sind die Beobachtungen, die ich im Laufe eines Nachmittags und Abends machen konnte. Sie geben, glaube ich, ein zwar nicht voll- ständiges, aber doch recht lebendiges Bild von dem wahren Gesicht der Stadt.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

Die Karlsruher Juwelenräuber in Wiesbaden abgeurteilt.

Schwere Zuchthausstrafen. — Wie sie verhaftet wurden.

Wiesbaden, 26. August. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich zwei schwere Jungen zu verantworten, deren Verabungen von Juwelen- und Schmud- geschäften seiner Zeit große Erregung ausgeöst hatten. Es handelt sich um den stellungslosen Konditor Jaznita und den ebenfalls arbeits- losen Autoklosser Hermersdorf. Die beiden Verbrecher fuhren mit gestohlenen Auto- mobilien vor den betreffenden Geschäften vor, zertrümmerten mit Steinen oder schweren Hä- mern die Schaufensterhebeln und nahmen Juwelen, Schmuckgegenstände, Fotoapparate u. d. m. mit, um mit dem bereitstehenden Auto zu flüch- ten. Auf diese Weise verübten sie Verbrechen in Darmstadt, Duisburg, Karlsruhe, Kappel, Stoblenz, Dnabrück, Wiesbaden u. a. m. Dabei fiel ihnen eine große Menge Waren in die Hände. Das Gericht verurteilte Hermersdorf wegen sieben schwerer und einem einfachen Diebstahl, sowie wegen Urkundenfälschung zu fünf Jahren Zuchthaus, Jaznita wegen zehn schwerer und drei einfacher Diebstähle, so- wie wegen Urkundenfälschung zu sieben Jah- ren Zuchthaus. Der stellungslose Metzger Vogel aus Köln erhielt wegen Hehlerei drei Monate Gefängnis.

Ende September wurden die beiden Schwere- verbrecher in Wiesbaden verhaftet. Es handelt sich bei ihnen um die beiden Einbrecher, die in der Nacht vom 7. auf 8. September vorigen Jahres in Karlsruhe den raffinierten Einbruchsdiebstahl bei dem in der Wald- straße 4 wohnhaften Juwelier Friedrich Albt verübten. Den Tätern gelang es, Schmud- geschäften im Wert von ungefähr 5000—6000 Mark zu erbeuten und im Auto zu entkommen. Wie festgestellt wurde, verübten die Juwelenräuber den Einbruch in der Waldstraße in einem in Mainz gestohlenen Auto, welches zur Verhaf- tung der Diebe, am 8. September, also an dem gleichen Tage, wo der Einbruch in Karlsruhe ge- lüftet war, in Wiesbaden herrenlos aufgefunden worden ist. Bei den durch die Fahndungs- polizei eingeleiteten Erhebungen nach dem Eigentümer des Wagens kam man auf die Spur der Juwelendiebe. Die Kriminalpolizei ermittelte noch am selben Tage die Wohnung, und als die Beamten nach kurzem Verhör der Verdächtigen eine Hausdurchsuchung vornahmen, förderten sie neben allerlei Diebesgut auch Gold- und Schmuckgegenstände zu Tage, über deren Her- kunft befragt, die Einbrecher ungläubwürdige Angaben machten. Unter der Diebesbeute be- fanden sich auch Schmuckgegenstände, die von einem Juwelendiebstahl in Kassel und von zwei in Wiesbaden ausgeführten herührten. Bei ihrer Festnahme wurden bei den Einbrechern falsche

Papiere vorgefunden. Das in Karlsruhe be- nutzte, in Mainz gestohlene Auto war un- lackiert, ebenso war das polizeiliche Kennzeichen VR 4822 in IT 50 181 umgeändert.

Mit dem Revolver gegen den Gläubiger.

Ueberfallener schreibt mit eigenem Blut den Namen des Täters nieder.

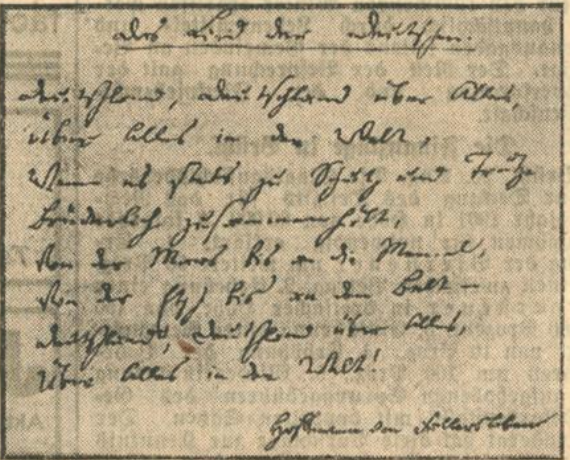
Am Montagabend überfiel der 21 Jahre alte Reisende Frey in der Nähe von Oetters- heide im Kreise Grottau den ihn begleitenden Kaufmann Karl Schwarz aus Falkenau und streckte ihn durch zwei Revolverkugeln nieder. Schwarz wurde schwer verletzt und blieb in be- wußtlosem Zustande liegen. Der Täter Frey schuberte dem Kaufmann Schwarz mehrere Hundert Mark. Da der Kaufmann auf Rück- zahlung drängte, fuhren beide mit dem Fahr- rad nach Reife zu einem Rechtsanwalt, um sich über die Schuldenerückzahlung zu einigen. Auf dem Rückweg führte Frey den ortsunkundigen Kaufmann auf einen Waldweg und schob ihn nieder. Ein Arbeiter eilte auf die Hilferufe des Getroffenen hinzu und fand Schwarz im Blute liegend vor. Neben dem Verletzten lag eine Zeitung, auf der Schwarz mit seinem eigenen Blute den Namen des Tä- ters deutlich lesbar niedergeschrie- ben hatte. Frey konnte noch nicht gefast werden.

Theaterdirektor von seiner Sekretärin erschossen.

© Wien, 26. Aug.

Der bekannte Wiener Theaterdirektor Leo- pold Alexander wurde in einem Direk- tionszimmer des Apollotheaters erschossen aufgefunden. Neben ihm lag die ehe- malige Sekretärin des Direktors, Rosa Püreg- ger, gleichfalls durch einen Schuß lebensgefä- hrlich verletzt. Die Untersuchung ergab, daß Rosa Püregger den tödlichen Schuß auf Alexander abgegeben und sich dann selbst durch einen Schuß verletzt hat. Die Vernehmung ihrer Mutter ergab, daß Rosa Püregger seit Jahren der festen Ueberzeugung war, Alexander werde sich von seiner Frau scheiden lassen und sie heiraten. Die Beziehungen waren aber seit längerer Zeit gelöst.

90 Jahre „Deutschlandlied“.



Links: Hoffmann v. Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes. Rechts: Das handschriftliche Original des Deutschlandliedes. Am 26. August 1841, also vor 90 Jahren, schrieb der Dichter Hoffmann v. Fallersleben die Worte des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“, das, auf die Melodie von Handns „Gott erhalte Franz den Kaiser“ gesungen, die jetzige deutsche Nationalhymne bildet.

Das Flugzeug in der Eiswüste eine Doppelbelichtung!

TU, Leipzig, 26. Aug.

Wie kürzlich mitgeteilt, sollte sich unter den Aufnahmen, die Professor Moltschanoff vom Arktis-Flug des „Graf Zeppelin“ mitgebracht hat und die in Leipzig von ihm in gemeinsamer Arbeit mit Professor Weidmann entwickelt wurden, die Abbildung eines verlassenen Flug- zeuges befinden, das mitten in der Eiswüste von Nowaja Semlja liegt. Professor Weidmann selbst hatte in einem am Samstag gehaltenen Vortrag die Aufnahme als Lichtbild gezeigt. Das Flugzeug war deutlich zu erkennen und wette Kreise der Wissenschaft und der Luftfahrt bemühten sich festzustellen, um welches Flugzeug es sich handele. Das Geheimnis ist jetzt ge- löst. Durch mühevollste Klärungsarbeit eines Pressephotographen hat sich herausgestellt, daß die Aufnahme unzweifelhaft durch Doppel- belichtung einer Platte entstanden ist. Es handelt sich in erster Linie um die Aufnahme eines russischen Flugzeuges während der Fahrt des „Graf Zeppelin“. Die gleiche Platte ist dann bei der Aufnahme eines Landschafts- bildes von Nowaja Semlja zur Verwendung gekommen!

Nus der Landeshauptstadt

Schlechte Bilanz der Gartenlokale.

Die Folgen der verregneten Haupt- und Nachsaison.

Nichts kann mehr darüber hinwegtäuschen, daß der Sommer mit Riesenschritten seinem Ende zuzueilen scheint. Unversehens werden die Tage kürzer und die Abende heben früher an, merklich frühzeitiger eigentlich auch durch die unablässige trübe und regnerische Witterung, die ja diesem Sommer des Mißvergnügens das Charakteristikum gab.

Die bittere Erkenntnis des schwindenden Sommers, der ernstlich überhaupt feiner war, werden am meisten die Besitzer unserer landeshauptstädtischen Sommer- bzw. Gartenlokale gewahr. Sie bedeuten überaus verregnete Sommer einen besonders schweren Schlag. Es scheint fast so, daß die total verregnete Periodezeit in eine Nachsaison übergeht, die auch nicht viel besseres Wetter erhoffen läßt und deshalb auch die Erwartungen auf einen Ausgleich der Verluste auf ein Minimum herabdrückt. Abschließend muß man zwar feststellen, daß die wärmere Jahreszeit für die Gartenlokale recht gut ausfiel. Mai und Juni brachten bekanntlich überwiegend heiteres, trockenes und heißes Wetter, reiches Ausflugsweiser, das weidlich ausgenutzt wurde; damit war es aber Schluss und zwar endgültig. Zu dem schlechten Wetter, das während des größten Teiles des Juli vorherrschte, kam noch die Finanzkrise, die sich ebenfalls ungünstig auf das Geschäft der Sommerlokale und Ausflugsziele auswirkte. So ist die Bilanz auf der ganzen Linie depressierend.

Gegenüber dem Vorjahr ist u. a. der Besuch der Sommerlokale im nachbarlichen Durlach, im Gebiet des Turmburg, in Gröbningen und anderen jenseits des Neckars des Westtals bis zu einem Drittel zurückgegangen. Auch die Lagen hört man von den Gartenlokalbetreibern unserer nachbarlichen Gemeinden, wie Mühlhausen, Eppingen, von Rinsheim, Hagsheim, Platenloch, Darlanden, Neureuth, Eggendorf und verschiedenen Rheingemeinden. Die Gartenlokale in Nienlingen, Waxau, Leopoldsdorf, Neuburgweiler usw. verzeichneten in der Sommerzeit einen wesentlichen geringeren Besuch, als in der Sommer-Voraison und zwar ebenfalls aus Gründen der Wetterunannehmlichkeit, als in der hiesigen Sommerzeit, was allerdings noch die hiesigen besonders lästigen Regenplage als verkehrsbeeinträchtigender Faktor hinzuzufügen. Man sieht: Eine äußerst verregnete Bilanz überall.

Karlsruher Schöffengericht.

Diebstahl aus Not.

Unter der Anklage wegen erschwerter Diebstahls in zwei Fällen, sowie Straßenraubs sah der 28 Jahre alte, ledige Arbeiter Walter Fritz S. aus Neuenhagen und der 24jährige, ledige Schuhmacher Fritz M. aus Halle auf der Anklagebank. Die Angeklagten waren gefänglich in Karlsruhe bei Baden-Baden u. in Pforzheim in Einbrüche verübt zu haben und in Baden-Baden an einer Dame eine Handtasche entwendet zu haben. Der Anklagevertreter, Staatsanwalt Dr. Glad, hob darauf ab, daß sich in diesem Sommer in Baden-Baden der Raub von Handtaschen gehäuft habe und damit eine Gefahr für die Sicherheit auf den Straßen der friedlichen Badestadt eingetreten sei. Es seien deshalb exemplarische Strafen am Platze. Er beantragte gegen S. eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren, gegen M. eine solche von eineinhalb Jahren Gefängnis.

Das Schöffengericht erachtete Raub nicht für angemessen und verurteilte die Angeklagten lediglich wegen zweier erschwerter Diebstähle u. eines einfachen Diebstahls. S. erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, sieben Monate u. sechs Wochen Haft. Gegen M. wurde auf sechs Monate Gefängnis verurteilt. Unter Berücksichtigung, daß es sich im vorliegenden Falle um aus wirtschaftlicher Notwendigkeit das Gericht den Angeklagten mildernde Umstände zu. Beide Angeklagte unterwarfen sich dem Urteil.

Drei Mark - drei Monate.

Vor der Strafabteilung des Amtsgerichts hatte sich der 30 Jahre alte Werkzeigmacher Werner M. wegen Diebstahls zu verantworten. Er hatte von einem vor dem Hause Jolly-Lampe 98 stehenden Fahrrad die elektrische Lampe im Werte von 3 Mark entwendet. Da der Angeklagte rückfällig ist, mußte auf die gesetzliche Mindeststrafe von drei Monaten erkannt werden.

Der Brief an das Fürsorgeamt.

Wegen schwerer Urkundenfälschung stand der 36 Jahre alte, bisher unbestrafte Tapezierer Karl T. aus Karlsruhe vor dem Schöffengericht. Er hatte im Jahr 1928 an die Ortskrankenkasse für mittelmäßige Postkarte geschrieben, in der er mit dem er verheiratet ist und in einem Hause wohnt, bezüge zu Unrecht Krankengeld, da sie erkrankt, was den Tatsachen nicht entspricht; da-

mit wollte er erreichen, daß die Ortskrankenkasse die Zahlung von Krankengeld an Frau K. einstelle. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, er habe K. nicht geschädigt, sondern nur das Fürsorgeamt und die Ortskrankenkasse zur Nachprüfung der Verhältnisse veranlassen wollen.

Das Gericht glaubte ihm diese Darstellung und erkannte deshalb nicht wie vom Staatsanwalt beantragt, wegen erschwerter Urkundenfälschung, sondern wegen einfacher Urkundenfälschung auf die milde Strafe von fünf Tagen Gefängnis.

Wohlfahrtslasten und Selbsthilfe der Gemeinden.

Grundlegende Aenderung der Arbeitslosenunterstützung ist notwendig.

Das Selbsthilfeprogramm der Städte ist gegenwärtig in den Blickpunkt der Erörterungen gerückt. Die ständig steigenden Lasten, die den Gemeinden aus der Betreuung der Wohlfahrtsbedürftigen erwachsen, haben die Kommunalverwaltungen in einen derartigen Noistand gedrängt, daß ein Ausweg nur noch durch die Hilfe des Reiches und der Länder möglich erscheint.

Für die Gewährung dieser Hilfe sind jedoch gewisse Bedingungen gestellt, ohne deren Erfüllung auf ein Eingreifen namentlich des Reiches nicht gerechnet werden kann. So sollen zunächst einmal alle Steuerquellen durch die Städte ausgenutzt sein, was in der übergroßen Mehrzahl der Fälle wohl bereits zutreffen dürfte. Vor allem wird die unbedingt notwendige Anpassung der Bezüge der leitenden Kommunalbeamten an die der Reichsbeamten gefordert. In diesem Punkte gehen die Aufsichtsbehörden mit aller Strenge vor, denn es sind bereits Fälle bekannt, daß die Befähigung von neuergewählten Oberbürgermeistern und Stadträten abgelehnt wurde, weil der Aufsichtsbehörde zu hoch erscheinende Gehälter vereinbart waren. Ferner sollen die Nichtsätze für die laufende Unterhaltung, was eigentlich als selbstverständlich gilt, das angemessene und erforderliche Maß nicht überschreiten. Zur weiteren Auflage wurde eine regelmäßige Prüfung der Haushaltsrechnungen der Gemeinden durch eine geeignete unabhängige Stelle gemacht, und daß ferner die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses sachungsgemäß sichergestellt ist.

In welchem Ausmaß sich die Zahl der Arbeitslosen, die zur Steigerung der Finanznot der Kommunen im wesentlichen beigetragen hat, steigerte, zeigt deutlich ein Uebersicht über das abgelaufene Rechnungsjahr 1930 und das erste Viertel des laufenden Jahres. Danach ist die Zahl der Arbeitslosen in einviertel Jahren um annähernd das Eineinhalbfache mit erschreckender Regelmäßigkeit gestiegen. Demgegenüber weist die Kurve der aus Reichsmitteln unterstützten Arbeitslosenunterstützungs-Empfänger nur im Winter eine geringe Steigerung auf, in letzter Zeit geht sie sogar langsam aber stetig zurück. Die bedrohliche Entwicklung spiegelt die Zahlenreihe der Kriens-Unterstützungs-Empfänger wider. Hier ist fast eine Verdreifachung eingetreten. Von Bedeutung ist zunächst für die Gemeinden die Tatsache, daß sie mit einem Fünftel an den Kosten der Krisenfürsorge beteiligt sind, darüber hinaus aber, daß die Krisenfürsorge die Vorstufe für die Aufnahme in die gemeindliche Wohlfahrtspflege bedeutet, sich also demnach voraussehen läßt, welcher Masseneinbruch in die kommunale Arbeitslosenunterstützung noch bevorsteht.

Zu diesen Belastungen tritt weiter die Notwendigkeit einer Zusatzunterstützung von Empfängern der Reichshilfe, die ebenfalls für die Gemeinden nicht unwesentlich ist.

Für die Städte ist es nunmehr oberstes Gebot, durch Selbsthilfe die Aufgaben soweit als nur irgend möglich zu beschränken, um dann nach erschöpfter Selbsthilfe die Hilfe des Reiches und der Länder, ohne die die Krisis nicht zu überwinden ist, in Anspruch nehmen zu können. Was ist nun in letzter Zeit geschehen, um der zwangsläufig wachsenden Belastung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung zu begegnen? Der preussische Staatsrat hat z. B. die Bereitstellung von 260 Millionen Reichsmark gefordert. Nachdem die Brauns-Kommission an einer organischen Lösung des Problems der Krisen- und Wohlfahrtsarbeitslosenunterstützung völlig vorbei gegangen ist, hat die Notverordnung vom Juni den besonders belasteten Gemeinden eine einmalige Beihilfe zuerkannt. Man hat nicht etwa, wie es erforderlich gewesen wäre, eine Ausdehnung der Krisenfürsorge vorgenommen, die eine entsprechende Einschränkung der Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen zur Folge gehabt hätte, sondern die aus der Abschaffung der Lohnsteuererleichterungen gewonnenen 60 Millionen Reichsmark zur Linderung der gemeindlichen Wohlfahrtslasten bereitgestellt. Statt des Systems einer grundlegenden gesetzlichen Regelung hat man den Weg der Dotationen beschritten, der sich beispielsweise beim Volksschulhaushalt ausgiebig durchzusetzen nicht als gute Lösung erwiesen hat. Die Verteilung der Mittel aus dem 60-Millionen-Fonds geschieht nach einer reichlich komplizierten Methode unter Zugrundelegung der Zahl der Arbeitslosen zu Beginn des Rechnungsjahres, welcher Sitztag jetzt bereits als überholt angesehen werden muß. Unter Bezugnahme auf die Bevölkerungsstärken der einzelnen Gemeinden wird dann eine zur Ausführung gelangende Reichs- und Landessumme errechnet.

Diese 60 Millionen Reichsmark, sowie die Ersparnisse aus der zweiten Besoldungsfürsorge haben dennoch nicht ausgereicht, um das durch die Arbeitslosenbetreuung in den Gemeindefäden gerissene Loch zu stopfen. Auch die nunmehr freigewordene Hauszinssteuer hat man mit ihren Erträgen, soweit ihre Verwendung nicht bereits festgelegt war, zur Deckung der Wohlfahrtslasten herangezogen. Um aber überhaupt den Dienst an den Arbeitslosen nicht zu gefährden,

sahen sich die Gemeinden genötigt, kurzfristige Kredite aufzunehmen.

Die im Vormonat ausgebrochene Vertrauenskrise hat hier natürlich ernste Schwierigkeiten bereitet, da es unbedingt erforderlich war, eine Stillhaltung der Gläubiger zu erlangen. Dieses den Gemeinden zwangsläufig aufgebrachte Vorgehen ist natürlich nur als eine vorübergehende Maßnahme zu betrachten. Die Gemeinden werden sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf das Notwendigste beschränken, müssen dann aber, um gegen die zwangsläufige Wohlfahrtslast angehen zu können, der Hilfe des Reiches und der Länder auf der Grundlage staatsrechtlicher Neuregelung der Lastenverteilung sicher sein.

Man hat in letzter Zeit vorgeschlagen, statt der Geldzahlungen an die Arbeitslosen die Naturalunterstützung einzuführen. In landwirtschaftlichen Gegenden mag dadurch gewiß allen Beteiligten, dem Finanzamt als Steuererheber, dem Landwirt und dem Arbeitslosen gebiet sein. Wie weit in den größeren und großen Städten dieser Plan durchführbar ist, sollte immerhin genau überlegt werden. Jedoch muß letzten Endes als oberstes Ziel immer wieder die Befähigung der Arbeitslosigkeit selbst durch geeignete wirtschaftliche und politische Maßnahmen angesehen werden.

Radfahrer schwer verunglückt.

Um die Mittagsstunde ereignete sich gestern zwischen der Kronen- und Adlerstraße ein schwerer Unfall. Ein 15jähriger Bäderlehrling, der ein Kohlenfuhrwerk mit seinem Fahrrad überholten wollte, wurde von einem ebenfalls überholenden Personenkraftwagen erfasst und zur Seite geschleudert. Der junge Mann kam unglücklicherweise unter die Pferde zu liegen u. wurde durch Hufstöße schwer verletzt. Es besteht Lebensgefahr. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

Verkehrsunfall.

Ein in der Durlacher-Allee aus westlicher Richtung kommender ausländischer Personenkraftwagen stieß mit einem Lieferkraftwagen, der gerade im Begriff war, in die ehem. Gottesauer Kaserne einzubiegen, zusammen. Der Lieferwagen wurde umgeworfen und erheblich beschädigt. Auch der Personenkraftwagen wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Soweit jetzt festgestellt werden konnte, hatte der Fahrer des Personenkraftwagens eine zu hohe Geschwindigkeit. Personen kamen nicht zu Schaden.

Waffen beschlagnahmt.

Wegen Verdachts des Vergehens gegen das Schusswaffengesetz wurde bei 5 Angehörigen der R.S.D.M.P. in Durlach eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Bei ihnen wurden 5 Pistolen und 100 Patronen beschlagnahmt. Das Strafverfahren ist im Gange.

Wirtshausfreit.

Anlässlich eines Kartenspiels gerieten in einer Wirtshaus in der Altstadt mehrere Personen in Streit, wobei einem Beteiligten ein volles Bierglas ins Gesicht geworfen wurde, sodaß er erhebliche Verletzungen erlitt.

Wendung im Emmerich'schen Erbschaftsprozess.

Die „Emmerich'sche amerikanische Millionenerbschaft“ ist, wie man aus dem unterrichteten Kreis der Amerikaner hört, insofern in ein akutes Stadium getreten, als sich der darin verwickelte vielfache Millionär Astor bereit erklärt hat, mit den in Deutschland noch lebenden Erben des verstorbenen Emmerich eine Abfindung zu treffen, wonach diesen eine hohe Summe ausfallen dürfte, was nicht nur diesen Erben zu wünschen, sondern auch angesichts unserer allgemeinen Notlage begrüßenswert wäre.



Erinke Deinen Dämmerchoppen im Freien

Die Karlsruher Gartenwirtschaften laden zur Einkehr ein

STADTGARTEN-RESTAURANT KAFFEE Eigene Konditorei KONZERTE Schönste schattigste Gartenterrasse der Stadt - Raum für 500 Personen - Kein Eintritt Die bekannt gute bürgerliche preiswerte Küche - Bestgepflegte naturreine Weine Das unübertroffene Moninger Export	
Fliegerklause Flugplatz empfiehlt seine Lokalitäten / Große Gartenwirtschaft / Jeden Tag Konzert, Sonntag Tanz im Freien. H. KUTTRUFF	FELSENECK Großer schöner Garten Felsbier Reine Weine. Gute Küche. Eig. Schlachtung Verkauf von Wurstwaren über die Straße. BUS.
Städt. Tiergarten - Restaurant / Karlsruhe i. B. Unmittelbar gegenüber dem Hauptbahnhof - Fernsprecher Nr. 822 - Inhaber CARL RIST Großer schattiger Linden-Garten. Eig. Konditorei Ueberdeckte Terrasse mit herrlichem Ausblick in den Stadtgarten	
Café am Zoo das moderne Promenade-Café mit Terrasse Angenehmer Aufenthalt im Freien	Zum Burghof Karl-Wilhelmstraße 50 Großer schattiger Garten. - Angenehmer Familienaufenthalt. Nebenzimmer und Saal für Vereine u. Veranstaltungen. ff. Hoepfner Bier. Gutgepflegte Weine. Vorzügl. Küche.
Speiserestaurant „Friedrichshof“ Karl-Friedrichstraße 28 Schönster Wirtschaftsgarten inmitten der Stadt Jeden Samstag und Sonntag Große Garten-Konzerte.	Passage-Restaurant u. Kaffee  Zum Löwenrachen
„Zur Albsiedelung“ Inh. Wilh. Hörr. Telefon 8379 la Sinner Bier. ff. Wurstwaren	
Zum Lohengrin am Durlacher Tor Schöner schattiger Garten! Feenhafte Beleuchtung - ff. Bier la Weine - gute Küche - prompte Bedienung Frau Bechtold wwe.	
Markgräfler Hof Ecke Durlacher Allee u. Rudolfstraße Schöner schatt. Garten ff. Felsbier - la Weine - Gut bürgerl. Küche THEO ZWECKER	

